



SAARLOUIS: DER STAAT KANN SEIN GEWALTMONOPOL NICHT MEHR DURCHSETZEN - DIE ÜBERMACHT IST ZU GROß

Heer von gewalttätigen Migranten schlägt Sondereinsatzkräfte in die Flucht

Von EUGEN PRINZ | Das 35.000 Einwohner Städtchen Saarlouis liegt – wie der Name schon andeutet – im Saarland, nur etwas mehr als 10 Kilometer von der französischen Grenze entfernt. Chef im Rathaus ist Oberbürgermeister Demmer von der SPD. Trotz der Zugehörigkeit zu dieser Partei ist er im Gegensatz zu manchem Amtskollegen weit davon entfernt, Saarlouis zum „Sicheren Hafen für Flüchtlinge“ zu erklären und auf noch mehr von dieser Sorte zu hoffen.

Sicherer Hafen für Einheimische wäre gefragt

Der Grund: Er wäre froh, wenn Saarlouis ein sicherer Hafen für die alteingesessenen Bürger dieser Stadt wäre, denen mittlerweile die Zuwanderer das Leben zur Hölle machen. Wie in [vielen deutschen Schwimmbädern](#), terrorisieren auch im Freibad Steinrausch in Saarlouis an heißen Wochenenden ganze

Horden jugendlicher Migranten die Badegäste.

Doch nicht nur die Abkühlung im kalten Nass wird für die Bürger zu einem riskanten Freizeitvergnügen, sondern jetzt auch die „Emmes“, ein seit 1967 regelmäßig stattfindendes Volksfest zum Abschluß der „Saarlouiser Woche.“

Die Zustände sind so gravierend, dass der SPD Oberbürgermeister einen Brandbrief an den Innenminister des Saarlandes, Klaus Bouillon (CDU), schrieb und eine schnelle und unbürokratische Aufstockung der Polizei forderte, „damit wir auch noch in Jahren Herr der Lage in unseren Städten und Gemeinden sind“.

Diese Formulierung ist jedoch nicht ganz korrekt, denn die Polizei ist – selbst nach eigenem Bekunden – schon jetzt nicht mehr Herr der Lage.

Demmer in dem Schreiben:

„Schmerzliche Erfahrungen mussten wir an unserem größten Fest, der Emmes, in diesem Jahr machen. In der angrenzenden Altstadt kam es in den frühen Morgenstunden der Festtage immer wieder zu massiven Problemen mit Jugendbanden, die allesamt Migrationshintergrund haben. In einem Fall musste die Polizei den ‚geordneten Rückzug‘ antreten, da das polizeiliche Gegenüber derart in der Überzahl war, dass die Unversehrtheit der Beamtinnen und Beamten gefährdet war. Und das, obwohl die eingesetzten Kräfte Angehörige der Operativen Einheit (OpE) waren. Was dies auf die Bürgerinnen und Bürger, die das Ganze mitbekommen haben, für einen Eindruck macht, braucht nicht extra erwähnt zu werden.“

Nicht einmal Spezialeinheiten der Polizei sind der Lage gewachsen

Halten wir fest: Selbst Sondereinheiten der Polizei, die für speziell für solche Lagen geschaffen wurden und für den

Straßenkampf sowohl ausgebildet, als auch entsprechend ausgerüstet sind, mussten vor der zahlenmäßigen Überlegenheit und Brutalität des polizeilichen Gegenübers die Flucht ergreifen, pardon, den „geordneten Rückzug antreten“.

Oberbürgermeister Demmer kann gut beurteilen, was das bedeutet, denn er war selbst 39 Jahre Polizeibeamter. Zitat:

„Wenn dann noch ehemalige Kolleginnen und Kollegen die Gewährleistung der Sicherheit in der Stadt in Frage stellen, gehen bei mir alle Alarmglocken an.“

In dem Schreiben heißt es weiter:

„Viele Beschwerden aus den Reihen der Gewerbetreibenden in der Stadt hinsichtlich dieser Jugendbanden, eine gefühlte Zunahme von schweren Straftaten im Bereich Zentraler Busbahnhof und Hauptbahnhof, runden das negative Bild ab. Von den Problemen, die wir hier im Kreis bei Sommerwetter in unseren Freibädern mit französischen Jugendlichen haben, will ich erst gar nicht berichten.“

Es hat sich also bei den jungen Migranten im benachbarten Frankreich auch schon rumgesprochen, dass man in la-la-Deutschland ungestraft auf den Putz hauen kann. Und so kommen nun auch noch schutzbedürftige Krawalltouristen aus dem Nachbarland nach Saarlouis.



Der Oberbürgermeister prangert in seinem Schreiben noch die Schließung der Polizeidienststellen Dillingen und Bous zur Nachtzeit und an den Wochenenden an, durch die sich die Sicherheitslage auch in Saarlouis dramatisch geändert hätte. Die angedachte Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei einigen im Ruhestandsalter befindlichen Beamten sei auch keine Lösung, da diese alle über 60 Jahre alt sind und mit Sicherheit nicht mehr zur Nachtzeit vor Ort bei massiven Störungen eingesetzt werden können.

Demmer ist überzeugt davon, dass er OB von Saarlouis „nicht alleine mit diesen Problemen“ ist. „Ich werde diese Problematik auch in der Bürgermeister-Kreisrunde thematisieren“, kündigte er in dem Brief an. Die Details zu dem Schreiben an den Innenminister können Sie [hier](#) nachlesen.

Heute Saarlouis, morgen die ganze Republik

„Die Zukunft ist schon da, sie ist nur ungleich verteilt.“

Dieses Wort des Science-Fiction-Autors William Gibson soll uns als Mahnung dienen, jetzt schleunigst die Notbremse zu ziehen und umzusteuern.

Es kann davon ausgegangen werden, dass seit 2015 annähernd 2 Millionen Zuwanderer ins Land gekommen sind. Knapp 70% davon – ein paar Prozent hin oder her – sind Männer im besten wehrfähigen Alter aus einem gewaltaffinen Kulturkreis. In absoluten Zahlen also 1.4 Millionen. Selbstverständlich sind die meisten davon unter normalen Umständen keine gewaltbereiten Randalierer. Aber was ist, wenn sich die Umstände ändern? Wenn der Staat die Rundumversorgung nicht mehr leisten kann und Massenarbeitslosigkeit herrscht?

Reaktion des Staates: Noch mehr Flüchtlinge rein

Wie das Beispiel Saarlouis zeigt, wurde das Gewaltmonopol des Staates in manchen Gegenden unseres Landes durch die Zuwanderer bereits ausgehebelt: Dort kann die Polizei die Bürger nicht mehr schützen. Und die Reaktion des Staates darauf: Noch mehr „Flüchtlinge“ ins Land lassen und ins Land holen, damit sich das Problem noch weiter verschärft. Unfassbar!

Vielleicht sollten sich die Verantwortlichen folgender Tatsache bewusst werden: Die Bundeswehr hat nur etwas über 180.000 schlecht ausgerüstete Soldaten. Sollte der schlimmste Fall eintreten, sieht das Zahlenverhältnis gar nicht gut für uns aus. Und es wird mit jedem Jahr schlechter.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).